



INHALT AUGUST/SEPTEMBER 2006

**SEITE 1
GEGEN DISKRIMINIERUNG
IN DER ARBEITSWELT**

Stadt München schließt Vereinbarung für Chancengleichheit ab
IN EIGENER SACHE
Gute Beispiele aus der Praxis für die Praxis

SEITE 2

SCHULE ANDERS GESTALTEN
Projektstage gegen Fremdenfeindlichkeit am Berufskolleg
FÜR TOLERANZ IN BRANDENBURG
Vereinbarung zwischen DGB und Land

SEITE 3

INTERKULTURELLE KOMPETENZ AUCH IM GERICHTSSAAL
Fortbildung der Berliner Justiz
„EINFACH MIT DEN AZUBIS REDEN ...“
Gewerkschaftsjugend on the road
TERMINE
und Veranstaltungen

SEITE 4

FREMDE FEINDE FREUNDE
Film des Monats
„VIELFALT MITEINANDER“
Maßnahmen zu Integration im Internet
DATA'REX
Informationsportal gegen Rechts

GEGEN DISKRIMINIERUNG IN DER ARBEITSWELT

Stadt München schließt Vereinbarung für Chancengleichheit ab

Betriebs- und Dienstvereinbarungen für partnerschaftliches Verhalten am Arbeitsplatz und gegen fremdenfeindliche Diskriminierungen haben sich in vielen Unternehmen und Verwaltungen als ein wichtiges Instrument zur Förderung des gegenseitigen Respekts bewährt. Dabei werden die Vereinbarungen oftmals als Festschreibung des schon seit Längerem beschrittenen Weges eingeordnet. So auch im Falle der bayrischen Landeshauptstadt München, wo in diesem Jahr eine „Vereinbarung für Chancengleichheit und gegen Diskriminierung in der Arbeitswelt“ abgeschlossen wurde.

Sie ist „nach verschiedenen Maßnahmen auf dem Gebiet der Aus- und Fortbildung ein weiterer Schritt, Anzeichen von Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus entgegenzutreten“, heißt es im Vorwort der Vereinbarung zwischen Gesamtpersonalrat und Stadt. Für München als prosperierenden Wirtschaftsstandort seien die Fähigkeit und die Kraft, Zuwanderer in unsere Gesellschaft zu integrieren, besonders wichtig. Daher wolle man allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen diskriminierungsfreien Arbeitsplatz bieten.

Dies bedeutet, dass entsprechend der Dienstvereinbarung „alle unmittelbaren und mittelbaren Diskriminierungen aufgrund Geschlecht, Herkunft, Hautfarbe, Religion, Behinderung, Alter oder sexueller Identität sowie Belästigungen verboten sind“.

Definiert wird, wann eine mittelbare, wann eine unmittelbare Diskriminierung vorliegt. Diese stellen ebenso wie Belästigungen einen Verstoß gegen den Arbeitsvertrag bzw. ein Dienstvergehen dar und können Konsequenzen im Dienst- oder Arbeitsverhältnis nach sich ziehen.

Deutlich wird in der Vereinbarung jedoch, dass es nicht nur um Regeln und Verbote geht, sondern dass der Prävention bzw. der Förderung der Chancengleichheit ein hoher Stellenwert beigemessen wird. So ist neben dem Antidiskriminierungszusatz bei Stellenausschreibungen festgehalten, dass etwaige nicht in Deutschland erworbene Qualifikationen und Berufserfahrungen im Rahmen der gesetzlichen und tariflichen Möglichkeiten anerkannt und bei der Personalauswahl berücksichtigt werden sollen. Insbesondere bei der Besetzung von Stellen, bei denen häufig interkulturelle Arbeitssituationen auftreten, werde Wert auf interkulturelle Kompetenz der Bewerberinnen und Bewerber gelegt.

Was dies bedeutet, besagt ein Glossar im Anhang der Vereinbarung. Interkulturelle Kompetenz, so heißt es, umfasse u.a. die Bereitschaft und Fähigkeit, kulturelle Unterschiede wahrzunehmen und miteinander in Beziehung zu setzen. Darüber hinaus seien Toleranz gegenüber fremden Orientierungs- und Regelungssystemen sowie eine hohe Bereitschaft und Fähigkeit, die eigenen Sichtweisen zu erweitern, wesentliche Bestandteile.

In allen städtischen Ausbildungsbereichen sollen im Rahmen der berufspraktischen Ausbildung die Ursachen von Vorurteilen und Ausgrenzung vermittelt werden. Ziel ist es, Diskriminierung zu begegnen sowie die sozialen und interkulturellen Kompetenzen der Auszubildenden bzw. Anwärterinnen und Anwärter zu fördern. Hierzu wurden Projektstage unter dem Titel „Vielfalt macht's möglich – Eine Herausforderung für uns alle“ entwickelt. Ähnliche Seminare werden ebenfalls im Rahmen der betrieblichen Fortbildung angeboten.

Die Münchner Stadtverwaltung ist ein gutes Beispiel dafür, wie das Engagement gegen Diskriminierung und für



Chancengleichheit dauerhaft in der beruflichen Alltagspraxis gefördert werden kann.

Die Vereinbarung kann abgerufen werden unter:
www.gelbehand.de/dienstvereinbarung_muenchen

IN EIGENER SACHE

Gute Beispiele aus der Praxis für die Praxis

Die neue Good-Practice-Datenbank des Kumpelvereins ist nun online gegangen. Hier werden Aktivitäten gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung im Bereich der Arbeitswelt sowie Beispiele für das Engagement für Gleichberechtigung von Arbeitnehmenden mit Migrationshintergrund vorgestellt. Ziel ist es, Ideen für eigene Projekte zu geben und eine Vernetzung von Aktiven herbeizuführen. Regelmäßig werden neue Inhalte eingepflegt. Ein Besuch lohnt sich also ...

www.gelbehand.de/praxisbeispiele

„AKTIV+GLEICHBERECHTIGT“ versteht sich als ein Beitrag zum Bündnis für Demokratie und Toleranz.



Spendenkonto
Mach meinen Kumpel nicht an! e.V., SEB AG Düsseldorf
Konto 1030 343 800, Bankleitzahl 300 101 11

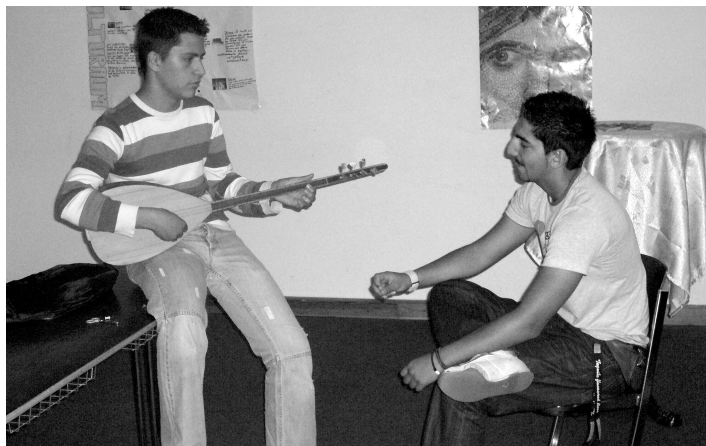
SCHULE ANDERS GESTALTEN

Projektstage gegen Fremdenfeindlichkeit am Berufskolleg

Über den Flur sind die Klänge eines Saz, eine Art türkische Gitarre, zu hören, aus einem anderen Klassenzimmer dringen afrikanische Rhythmen und vor dem Schulgebäude wird soeben der Grill angeworfen um Cevapcici zu braten. Die Aula wird sich bald mit mehreren hundert Teilnehmern an der Diskussionsrunde mit Vertretern unterschiedlicher Religionen füllen.

Es ist die letzte Woche vor den Sommerferien an der Europaschule Berufskolleg Barmen: Nachdem die Schüler und Schülerinnen zwei Tage lang an Workshops teilgenommen haben, stellen sie nun ihren Mitschülern, Eltern und der Öffentlichkeit die Ergebnisse ihrer Arbeit vor. Einige haben sich mit Hip-Hop beschäftigt und verschiedene Tanzschritte (Moves) erlernt, andere wiederum haben Graffiti gemacht oder Fotografien zum Thema „Das Eigene und das Fremde“ erstellt. Der Kumpelverein organisierte einen Workshop zum Thema „Rechte Jugendkultur“.

Darüber hinaus wurden Rollenspiele zur Gewalt angeboten oder die unterschiedlichen Länder vorgestellt. Von der Türkei über Italien, Polen und Russland waren fast alle Nationalitäten dabei, die auch am Berufskolleg präsentiert sind. „Die Projektstage haben großen Spaß gemacht“, erzählt Pina, die am Workshop „Italien“ teilgenommen hat. „Es ist gut, mal andere Kulturen kennen zu lernen.“ „Bei uns haben sich nicht nur Schüler mit italienischem Hintergrund, sondern auch aus der Türkei beteiligt“, ergänzt ihre Freundin Ele.



„Wir haben hier sehr viele Schüler mit Migrationshintergrund“, berichtet Peter Hofinger, Lehrer für Informatik. „Solche Projektstage sind wichtig, da sie auch das soziale Lernen ermöglichen.“ Auch im Kollegium scheint das gut anzukommen. „Es ist spannend, Schule einmal anders zu gestalten“, so eine Lehrerin, die sich mit ihren Teilnehmern mit Straßenkindern in Brasilien auseinander gesetzt hat. „Wir haben ja sonst nur fachspezifische Klassen und hier findet nun eine andere Begegnung mit anderen Schülern statt.“

Eine Gruppe hat einen Film gedreht. Dazu wurden Passanten in der Wuppertaler Fußgängerzone danach gefragt, was für sie typisch deutsch sei und was ihre Meinung zum Zusammenleben verschiedener Kulturen sei. „Von den fünfzig Leuten, die wir vor die Kamera bekommen haben, hat sich nur einer rassistisch geäußert“, erzählt Fabian. „Das war ein wirklich gutes Projekt. Es hat uns so großen Spaß gemacht, dass wir im nächsten Schuljahr eine Video-AG gründen wollen.“

Dirk Rummel ist sichtlich zufrieden. Er hat viel Zeit und Arbeit in die Organisation der Projektstage gesteckt. „Ich wünsche mir einfach, dass sich junge Menschen für eine tolerante Gesellschaft ohne Rassismus einsetzen.“ An der Europaschule in Wuppertal-Barmen, das erste Berufskolleg, das die Auszeichnung „Schule ohne Rassismus erhielt“ ist dafür schon viel getan worden.

Kontakt:

Berufskolleg Barmen Europaschule
Sternstraße 75
42275 Wuppertal
Telefon 02 02/5 63 66 48



FÜR TOLERANZ IN BRANDENBURG

Vereinbarung zwischen DGB und Land Brandenburg

Der DGB Berlin-Brandenburg und seine Mitgliedsgegewerkschaften haben mit der Landesregierung im Rahmen des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie“ ein Kooperationsabkommen geschlossen und eine vertiefte Zusammenarbeit gegen Rechtstextremismus und Fremdenfeindlichkeit vereinbart.

In der Vereinbarung bekräftigen die Gewerkschaften ihren Einsatz für eine pluralistische Gesellschaft, für Toleranz und Weltoffenheit und gegen Rechtstextremismus und fremdenfeindliche Gewalt.

Die Gewerkschaften wollen die Zusammenarbeit mit der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ insbesondere nutzen, um sich in Betrieben, Gebietskörperschaften und anderen Institutionen einzusetzen für den Abschluss von Betriebsvereinbarungen gegen Diskriminierung und Rassismus. „Die Einzelgewerkschaften können über diese Rahmenvereinbarung hinaus mit der Koordinierungsstelle Zusatzvereinbarungen abschließen, die die Besonderheiten der jeweiligen Gewerkschaft berücksichtigen“, erklärt Dieter Pienkny, Pressesprecher des DGB Berlin-Brandenburg gegenüber AKTIV+GLEICHBERECHTIGT. Dabei kann die Koordinierungsstelle unterstützend beraten. In Unternehmen wie bei Eko-Stal in oder den Berliner

Verkehrsbetriebe habe man mit dem Abschluss von Betriebsvereinbarungen gute Erfahrungen gemacht.

Pienkny verweist darauf, dass gewerkschaftliches Engagement gegen Diskriminierung schon eine lange Tradition habe. Der DGB, Bezirk Berlin-Brandenburg, rief 1991 sein Bündnis gegen Rechts ins Leben, in dem Kirchen, Wohlfahrtsverbände und die beiden Landesregierungen mitwirken. Das Bündnis, das nun unter dem Namen Bündnis für Vernunft fungiert, verleiht seit 12 Jahren einen Preis für Zivilcourage und zeichnet engagierte Bürgerinnen und Bürger aus. „Wir wollen diejenigen, die gegen Rassismus aktiv sind, in ihrem alltäglichen Engagement bestätigen und sie zu motivieren, weiter zu machen“, erzählt Ildikó Pallmann, die beim DGB Berlin-Brandenburg im Bereich Migrationspolitik für das Bündnis der Vernunft arbeitet. „Die aktuellen Ereignisse in Potsdam und Brandenburg zeigen, dass das notwendig ist.“ „Die Voraussetzungen für die erfolgreiche Arbeit gegen Diskriminierung sind geschaffen“, so Dieter Pienkny. „Jetzt geht es darum, das Ganze durch Aktivitäten mit Leben zu füllen.“

Kontakt:

DGB Berlin-Brandenburg
Ildiko Pallmann
Keithstraße 1/3
10787 Berlin
Die Vereinbarung kann abgerufen werden unter:
www.gelbehand.de/praxisbeispiele

INTERKULTURELLE KOMPETENZ AUCH IM GERICHTSSAAL

Fortbildung der Berliner Justiz

Auch für Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte ist interkulturelle Kompetenz ein Thema. Die Berliner Justiz bietet hierfür regelmäßig Fortbildungsveranstaltungen an. Ziel ist es, die Fähigkeit zum Umgang mit unterschiedlichen Werthaltungen im Berufsalltag zu verbessern. Dementsprechend sind Schwerpunkte der Schulungen beispielsweise „Kultur und kulturelle Prägung“, „Auswirkung kultureller Einflüsse auf soziale Wahrnehmung“, „Sensibilität für kulturelle Unterschiede“, „Umgang mit Mehrdeutigkeiten“ sowie „Anforderungen an interkulturelle Gesprächsführung“.

Im Juni fuhren mehr als 30 Berliner interessierte Richterinnen und Richter im Rahmen einer Studienreise in die Türkei. Tagesordnungspunkte waren unter anderem der Besuch einer straf-

rechtlichen Gerichtsverhandlung, Fachgespräche mit türkischen Expertinnen und Experten zum türkischen Jugendstrafrecht sowie zur Problematik von Ehrenmorden und Zwangsverheiratung.

„Fortbildungsveranstaltungen zur interkulturellen Kompetenz stärken die immer wichtiger werdende Fähigkeit, mit unterschiedlichen kulturellen Werthaltungen im Berufsalltag umzugehen“, betont Justizsenatorin Karin Schubert



in einer Mitteilung des Landespressedienstes Berlin. „Heutzutage treffen Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, Richterinnen und Richter auf Prozessbeteiligte aus vielen verschiedenen Kulturkreisen. Wer Verständnis oder Kenntnis von bestimmten Wertvorstellungen in anderen Kulturkreisen hat, kann das Verhalten einer Person im Rahmen der deutschen Rechtsordnung genauer einordnen und eine dementsprechende Entscheidung fällen.“

„EINFACH MIT DEN AZUBIS REDEN ...“

Gewerkschaftsjugend on the road



Seit Jahren geht die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze zurück. Die Konsequenzen liegen auf der Hand: zunehmende Ausbildung in Bildungsträgern und Berufsschulen sowie fehlende betriebliche Mitbestimmung. Mit der Berufsschultour reagiert die DGB Jugend Berlin-Brandenburg auf diese geänderte Ausbildungslandschaft, indem sie die Berufsschule als Lernort aller Azubis – mit und ohne Migrationshintergrund – zum Platz der gewerkschaftlichen Erstansprache macht.

Besonders Jugendliche aus Zuwandererfamilien sind von der hohen Konkurrenzsituation auf dem Ausbildungsmarkt betroffen; etliche von ihnen bekommen keine Lehrstelle. „Die sich verschärfenden Ausbildungsprobleme gebieten es dringend, Azubis über ihre Rechte aufzuklären und gemeinsame Handlungsmöglichkeiten zu erarbeiten“, erzählt Marina Andres von der DGB Jugend Berlin-Brandenburg.

Mit dem Projekttag „Demokratie und Mitbestimmung“ in den Klassen sowie dem Schulhofprogramm unter dem Slogan „Solidarity Reloaded“ will die DGB Jugend nicht nur Gewerkschaften als Kompetenzträger in Sachen Arbeit und Ausbildung verankern, sondern gleichermaßen die Gewerkschaft als solidarischen Verband für eine gerechte und solidarische Gesellschaft bei Auszubildenden etablieren. „Wir wollen junge Beschäftigte motivieren, ihre Arbeits- und Lebenswelt selbst zu gestalten und sich in politische Entscheidungsprozesse einzubringen“ so Andres. „Gerade der Projekttag „Demokratie und Mitbestimmung“ will die Schüler und Schülerinnen nachhaltig über ihre Handlungsmöglichkeiten

informieren und zur aktiven Beteiligung in Betrieb und Schule anregen. Dieser partizipatorische Ansatz ist wichtig, um selbstbewusst gegen Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus aufzutreten.“

Um diesem Anliegen gerecht zu werden, sind die Inhalte an den Problemen der Teilnehmenden ausgerichtet und werden handlungsorientiert erarbeitet. Nach dem Prinzip „Jugend für Jugend“ gestalten jeweils zwei junge, ehrenamtliche, qualifizierte Teamer den Projekttag gemeinsam mit den Schüler und Schülerinnen in einer Klasse.

Mit der Berufsschultour als Kooperation zwischen DGB Jugend und Mitgliedsgewerkschaften sowie als Verbindung von politischer Bildungsarbeit und fachlicher Beratung werden die Voraussetzungen geschaffen, um an vielen Berufsschulen sowohl in den Klassen als auch auf den Schulhöfen präsent zu sein.

Einen Überblick über die vergangenen Berufsschultouren und Hintergrundinformationen befinden sich unter:
www.berufsschultour.de

TERMINE

und Veranstaltungen



Hartz 4 & Co. Konsequenzen für Menschen mit Migrationshintergrund

Seminar, 19.09.2006, Dortmund
Veranstalter: Pro Qualifizierung

Die Teilnehmenden lernen die vielfältigen Regelungen der Arbeitsmarktreformen sowie ihre mittelbaren Auswirkungen auf Menschen mit ausländischem Pass kennen.

„Der hört mir gar nicht zu!“ Interkulturalität im Industriebetrieb: Störfall Kommunikation?

Training, 01.–02.09.2006, Düsseldorf
Veranstalter: Pro Qualifizierung

Die Teilnehmenden erfahren in dem interkulturellen Training sowohl die Grundzüge der Kommunikation als auch die Besonderheiten der interkulturellen Begegnungssituationen.

Weitere Informationen und Anmeldung zu den beiden Veranstaltungen

Angela Rieß
Pro Qualifizierung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 86
angela.riess@dgb-bildungswerk.de
www.pro-qualifizierung.de

will-kommen.de. Informationen über das deutsche Zuwanderungsrecht

Seminar, 15.–20.10.2006, Düsseldorf
Veranstalter: DGB Bildungswerk, Bereich Migration & Qualifizierung

Weitere Informationen und Anmeldung zu dieser Veranstaltung

Alina Jarzeczka
DGB Bildungswerk,
Bereich Migration & Qualifizierung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 41
alina.jarzeczka@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

FREMDE FEINDE FREUNDE

FILM DES MONATS

„Fremde Feinde Freunde – mit Fremdem leben“ ist ein Medienpaket mit vielfältigen Übungsmaterialien, bestehend aus CD-ROMs, DVD, VHS-Video und einer Projektmappe. Schwerpunkt ist es an Lehrkräfte in beruflichen Schulen und an Ausbilder in Betrieben gerichtet. Sie sollen damit unterstützt werden, Zukunftschancen und Bürgerkompetenz im Zusammenleben zu stärken und dabei Vorurteilen, Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz, Rechtsradikalismus und Rassismus in der Gesellschaft nachhaltig entgegenzuwirken.

Das Paket ist vor allem für fächerübergreifenden Unterricht, Kurse und Projekte konzipiert. Ein interaktiver „Background-Test“ soll Jugendlichen ihre Einstellungen und Empfindungen gegenüber sozialen Minderheiten bewusst machen. Zahlreiche Gruppen- und Einzelaktivitäten mit reichhaltigen Übungsmaterialien zielen darauf ab, eine positive innere Haltung zur



Aufgabe „mit Fremden leben“ bewirken.

In dem „Multimedia-Magazin“ finden Jugendliche für ihre Projektarbeit Texte, Schaubilder, Fotos und Karikaturen zum Ausdrucken, in der virtuellen „Multimedia-Werkstatt“ wird ihnen dann schrittweise demonstriert, wie man mit diesen Materialien oder mit Videos umgehen kann. Auf der VHS-Kassette und der DVD finden sich zahlreiche kurze Filmbeispiele, die zur Auseinan-

dersetzung mit den Themen Rechtsextremismus, Rassismus, Migration etc. anregen.

Das Medienpaket ersetzt zwar nicht die Unterrichts- oder Seminarplanung an Berufsschulen und Betrieben, bietet jedoch hilfreiche Materialien für die Bildungsarbeit.

Das gesamte Paket ist zu entleihen über: www.migration-online.de/medienverleih

„VIELFALT MITEINANDER“

Maßnahmen zu Integration im Internet



DATAREX

Informationsportal gegen Rechts

Bei der Datenbank DATAREX handelt es sich um ein Informationsportal für Berufsschulen, Betriebe, Gewerkschaften, Auszubildende und Interessierte zu den Themen Rechtsextremismus, Interkulturelle Kompetenz und

Die Friedrich Ebert Stiftung zeigt in ihrer „FES-Fokusreihe zu Interkulturalität, Migration und Integration“ im Internet eine große Auswahl von Maßnahmen der Stiftung wie Workshops, Studien, Diskussionen und Projekte zu diesen Themen. In regelmäßigen Abständen werden einzelne

Unterthemen gesondert präsentiert. So werden Informationen zu „Integration“, „Vorurteilen“ oder zum „Interkulturellen Dialog“ gegeben. Aktuell steht die „Chancengleichheit“ im Mittelpunkt.

Weitere Informationen: www.fes.de/aktuell/fokus/

keit mit der Zielgruppe zu befördern. Derzeit finden sich dort über 20.000 Datensätze.

Weitere Informationen unter: www.datarex.info
Weitere Projekte gegen Fremdenfeindlichkeit und für Gleichberechtigung in der Arbeitswelt unter: www.gelbehand.de/praxisbeispiele

GEFÖRDERT DURCH



Gefördert im Rahmen des Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.
Verein gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus

Vorstand:
Holger Menze, ver.di
Ulrich Freese, IG BCE
Leo Monz, DGB Bildungswerk

VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Leo Monz

REDAKTION

Michaela Dälken, Hans-Peter Killguss

LAYOUT

Gitte Becker

DTP/REINZEICHNUNG

Gerd Spliethoff

DRUCK

Setzkasten GmbH, Düsseldorf

ERSCHEINUNGSWEISE

Monatlich

ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 93
Telefax 02 11/43 01-1 34
info@gelbehand.de
www.gelbehand.de